

MIT SCHWARZ-GRÜN IST KEINE ZUKUNFT ZU MACHEN

Seit 100 Tagen ist Kretschmann in Baden-Württemberg wieder Ministerpräsident. / stellen Grüne und CDU in BW wieder die Regierung. Die Bilanz der letzten hundert Tage könnte aber ebenso gut die Bilanz ihrer Politik der letzten 10 Jahre sein. **Und ein Ausblick darauf, was eine schwarz-grüne Regierung im Bund bedeuten würde:**

x Kein Klimaschutz mit der CDU. Große Hoffnungen weckte der erste grüne Ministerpräsident damals. Sehr wenig ist tatsächlich passiert. Und auch heute im Südwesten nichts Neues: Aktuell streiten sich Grün und Schwarz wieder um den Standort neuer Windräder – gebaut, gemacht, geschaffen wird nie. Wunschlisten bringen uns keinen Schritt weiter.

x Langsam & konservativ statt jung & hip: In BW wurde für die ersten 100 Tage eine längst überfällige Wahlrechtsreform angekündigt, damit Wählen ab 16 möglich ist und mehr Frauen ins Parlament kommen. Dieses Versprechen wurde gebrochen. Grüne Wahlplakate sind jung, hip, divers – ihre Politik nicht.

X Stimmen für Rechts? Mit vielen Enthaltungen haben Grüne und CDU einen AfDler in den Verfassungsgerichtshof gehievt. Die Begründung: Man wolle mehrere Wahlgänge vermeiden. Tja, gegen Rechts zu stehen kann harte Arbeit sein, aber Verfassungsfeinde zu wählen darf niemals eine Option sein!

100 Tage Kretschmann reichen aus, um klar zu machen, was es bei der Bundestagswahl zu verhindern gilt: Lasche Klimapolitik, Blockaden durch die CDU (es glaubt doch wohl keiner, dass das nur uns passieren würde?!), flexible Ansprüche an sich selbst. Liebes Deutschland, für Schwarz-Grün sehen wir Schwarz.

⇒ **Klimaschutz: Winken mit Wunschzetteln – und die Umsetzung?**

Mit dem allgegenwärtigen Finanzierungsvorbehalt sind im grün-schwarzen Koalitionsvertrag permanente Auseinandersetzungen in der Landesregierung festgeschrieben. Das zeigt schon der Minister-Zoff zwischen Umweltministerin und Landwirtschaftsminister, nur wenige Wochen nach Regierungsbildung: Walkers Ankündigung, man wolle 500 Windräder im Staatswald errichten, entgegnete Hauk, es müsste vielmehr in anderen Bereichen nach für Windkraft geeigneten Landesflächen gesucht werden. In den ersten 100 Tagen der Regierung konnte Grün-Schwarz weder ein überzeugendes Sofortprogramm für den Klimaschutz

vorlegen, noch andere Gesetze als das Klimaschutzgesetz ändern. Die Novelle dieses Gesetzes ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, doch mit Absichtserklärungen und Wunschlisten alleine ist es nicht getan. Richtig handfest erscheint die Gesetzesnovellierung bislang nur bei der Einführung einer Solaranlagenpflicht für Neubauten im Wohnungsbau. Die hätte es bereits vor einem Jahr mit Zustimmung unseres Änderungsantrages geben können. Hier wurde wertvolle Zeit im Kampf gegen den Klimawandel verspielt.

⇒ **Aufgeblähter Regierungsapparat – teurer Kitt für grün-schwarze Risse**

Grün-Schwarz spart an Klimaschutz, Wohnungsbau und Bildung – aber beim eigenen Personal gibt man mehr Geld aus denn je: Aus vier Staatssekretär*innen unter Grün-Rot wurden unter CDU-Beteiligung acht und mittlerweile ganze 14! Um die CDU ruhig zu stellen, wurde sogar ein zusätzliches Ministerium aus der Taufe gehoben. Das Geld dafür wäre in einer Landeswohnbaugesellschaft jedoch weit besser angelegt als in einem Ministerium mit nebulösen Zuständigkeiten! Man hat den Eindruck, die Minister- und Staatssekretärsriege sei vornehmlich mit dem Einrichten ihrer Büros beschäftigt, denn an Gesetzesentwürfen und politischen Initiativen mangelt es in allen Bereichen.

⇒ Ein weiterer Tritt in den Fettnapf war die Beauftragten-Posse der Landesregierung: Die groß angekündigte Einsparung von Stellen endete als Taschenspielertrick. So wurde beispielsweise der Technikbeauftragte vom Staatsministerium kurzerhand ins Wirtschaftsministerium verlagert, eine Stelleneinsparung sieht anders aus! Eigentlich fehlt Grün-Schwarz nur noch ein Landesbeauftragter für den Stellenaufwuchs. Noch ein schöner Posten für Parteifreunde.

⇒ **Bildung – Grün-Schwarz schafft kein krisenfestes Klassenzimmer**

Auch nach bald eineinhalb Jahren Pandemie hat die Landesregierung noch kein schlüssiges Konzept für einen sicheren und verlässlichen Präsenzunterricht im kommenden Schuljahr vorgelegt. Schoppers Aussage, die Kinder bräuchten für den Herbst im Wesentlichen ‚einen Päckchen Taschentücher‘, spricht dem Ernst der Lage Hohn. In Schulen fehlen keine Taschentücher, sondern Luftfilter, Impfungen und vor allem genügend Lehr- und Assistenzkräfte! Auch wenn es darum geht, Dinge extrem kurzfristig anzukündigen, folgt

Ministerin Schopper dem schlechten Vorbild ihrer Vorgängerin Eisenmann. Erst am Freitag vor Ende der Pfingstferien gab die Kultusministerin bekannt, wie der Unterricht nach den Ferien weitergehen solle. Verlässliche und vorausschauende Planung sieht anders aus. Die SPD hatte bereits im vergangenen Jahr Konzepte für krisenfeste Klassenzimmer und einen Schutzschirm für Schulkinder zum Aufholen der Lernrückstände vorgelegt. Wenn die Landesregierung diese Ideen aufnahm, dann erst nach monatelangem Zögern und viel, viel unnötigem Lehrgeld, das Schülerinnen und Schüler zahlen.

⇒ **Wohnungsnot: Ein Land baut auf Palaver**

Baden-Württemberg hat sich unter Kretschmann vom Land der Häuslebauer zum Land der Wohnungssuchenden entwickelt. Viele Menschen, darunter Familien und Normalverdiener, finden keine bezahlbare Wohnung mehr, die Lage ist im Südwesten deutschlandweit mit am Schlimmsten. Doch statt schnell zu handeln, plant Grün-Schwarz einen siebenjährigen „Strategiedialog Wohnen“, der erst Ende des Jahres in Gang kommen soll. Die Landesregierung lässt sich alle Zeit der Welt und verkennt die dramatische Lage auf dem Wohnungsmarkt: Wenn die Bude brennt, brauche ich Wasser und keinen Löschdialog! Gesprochen wird jetzt viel über die Wohnungsnot, aber gebaut wird nur das nächste Palaver.

⇒ **Nachtragshaushalt: Grün-Schwarz sucht das leichte Geld**

Mit dem Nachtrag genehmigt sich Grün-Schwarz weitere Kreditermächtigungen in Höhe von 1,2 Milliarden Euro, damit steigt der Schuldenberg im aktuellen Doppeletat auf knapp 15 Milliarden Euro. Der Landesrechnungshof attestiert der Landesregierung hierbei Verfassungswidrigkeit. Das ist eine herbe Ohrfeige für Finanzminister Danyal Bayaz und die gesamte Landesregierung! Kretschmanns Strategie, vorsorglich Schulden zu machen, ist aufgefliegen. Unstrittig ist, dass Investitionen zur Beseitigung der Corona-Folgen dringend nötig sind, besonders in der Bildung. Doch bevor man Schulden macht, braucht es einen Kassensturz, und man muss das Geld verwenden, das noch übrig ist. Beides bleiben sie schuldig, die grün-schwarzen Schuldner. Und sie handeln, als sei der Landeshaushalt die Privatschatulle der Landesregierung.

⇒ **Wahlrecht ab 16: Versprechen gebrochen**

Die Ansage war (ausnahmsweise) ganz klar: Innerhalb von 100 Tagen, so das Versprechen von Grün-Schwarz, sollte die Wahlrechtsform umgesetzt werden. Passiert ist das nicht. Um Schwung in die dringend nötige Reform des Wahlrechts zu bekommen, hat die SPD selbst einen Gesetzentwurf zur Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre eingebracht. Obwohl Grüne und CDU angeblich in der Sache einig sind, haben sie den ersten Gesetzentwurf, der in dieser Legislative im Landtag beraten wurde, abgelehnt. Kein Jugendlicher in Baden-Württemberg wird dieses Vorgehen verstehen.

⇒ **Abschiebungen: Die Grünen und die flexible Moral**

Nach wie vor werden in Baden-Württemberg gut integrierte Geflüchtete oder Schülerinnen und Schüler direkt aus der Schule abgeschoben. Worin Grün-Schwarz den „echten Aufbruch“ der neuen Regierung sieht, wurde auch in einer verantwortungslosen Ankündigung des stellvertretenden Ministerpräsidenten deutlich: Thomas Strobl will mehr Abschiebungen ins Bürgerkriegsland Syrien ermöglichen. Damit werden Menschen aus Baden-Württemberg in ein Land zurückgeschickt, in dem ihnen durch das Assad-Regime Tod, systematische Folter und unrechtmäßige Haft drohen.

⇒ **Tierschutz: Quälerei geht weiter**

Seit Jahren taumelt Baden-Württemberg von einem Tierschutzskandal in den nächsten. Für die neue Legislaturperiode wurde speziell von den Grünen Besserung gelobt, doch ganz offensichtlich hat sich nichts verbessert. Nach den jüngsten Verstößen in einem Ulmer Schweinemastbetrieb ist klar: Der Tierschutz muss Ernährungsminister Peter Hauk entzogen werden. Es braucht eine unabhängige „Tierschutzeinheit BW“, die Missstände an Schlachthöfen und in Betrieben offenlegen und tatkräftig sanktionieren kann.

⇒ **Rechtsextreme: Grün-schwarzes Spiel ohne Grenzen**

Für bundesweites Entsetzen sorgte die grün-schwarze Landesregierung kurz vor der Sommerpause: Mit mehreren Ja-Stimmen aus dem Regierungslager und vielen Enthaltungen haben Grüne und CDU einen AfD-Kandidaten in den Verfassungsgerichtshof von Baden-Württemberg gehievt. Die vergangenen Jahre im Landtag haben gezeigt, dass die AfD keine

Gelegenheit auslässt, um gegen unsere Verfassung und Gerichte zu hetzen. Teile der Partei werden mittlerweile vom Verfassungsschutz beobachtet. Deshalb galt und gilt für die SPD: Kein Fußbreit den Rechten! Die Begründung der Grünen, man habe durch Enthaltungen weitere Wahlgänge vermeiden wollen, ist falsch und fatal. Aus Bequemlichkeit darf man keine Verfassungsfeinde in den Verfassungsgerichtshof wählen.